
Gemeinsame Erklärung

Handeln für das Gemeinwesen: eine tragfähige Finanzierung der Städte und Gemeinden schaffen

Die finanzielle Lage der Kommunen spitzt sich von Jahr zu Jahr weiter zu. Eine Besserung ist derzeit nicht in Sicht. Das Haushaltsjahr 2024 wurde mit einem historischen Defizit von 24,3 Mrd. Euro abgeschlossen, und die Verschuldung steigt angesichts zunehmender Aufgaben und steigender Ausgaben.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung den Kommunen einen hohen Stellenwert beimisst. Die Schaffung eines Infrastrukturfonds ist ein wichtiger erster Schritt. Die angestrebten Entlastungen der Städte und Gemeinden von Aufgaben ebenfalls. Angesichts der prekären Finanzlage der Kommunen besteht dringender Handlungsbedarf.

Städte und Gemeinden sind das Fundament der Demokratie. Hier haben die Menschen den ersten Kontakt mit dem Staat. Gerade in Zeiten des Umbruchs sind die Kommunen als Stabilitätsanker gefordert.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung schnell umfassende Maßnahmen ergreift, um die strukturelle Unterfinanzierung aufzulösen. Wir erwarten von der Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern, für dauerhaft tragfähige Grundlagen der Kommunalfinanzen zu sorgen.

Zeit, für die Zukunft unserer Kommunen zu handeln.

- 1) Wir fordern Bund und Länder auf, den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern zu erhöhen und darauf hinzuwirken, dass die Länder in der Folge die Umlagen für die Kommunen nicht kürzen.
- 2) Gegen die Wirtschaftslage darf nicht angespart werden, sondern Investitionen müssen getätigt werden. Wir begrüßen, dass die Auflage eines Infrastrukturfonds vom Bundestag beschlossen wurde. Nach diesem ersten wichtigen Schritt müssen die Mittel nun schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.
- 3) Im ganzen Land müssen gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden. Wir begrüßen, dass im Koalitionsvertrag auf das Konzept Bezug genommen wird. Die Ungleichheit zwischen finanzschwachen und -starken Kommunen darf nicht weiter zunehmen. Dazu gehört:
 - Ausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund finanziert werden. Wir begrüßen nachdrücklich, dass sich im Koalitionsvertrag zum Prinzip der Konnexität („wer bestellt, bezahlt“) bekannt wird.
 - Überschuldete Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden: Bund und Länder müssen eine funktionierende und effektive Altschuldenregelung finden.

- 4) Die Finanzlage der Kommunen darf durch Maßnahmen und Gesetze nicht weiter gefährdet werden. Steuererleichterungen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft dürfen nicht zulasten der Einnahmen der Kommunen gehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- 5) Wir fordern den Bund auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Fachkräfte-Offensive gemeinsam mit Ländern und Kommunen und den Sozialpartnern zu entwickeln. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sorgen für die Verlässlichkeit staatlichen Handelns, eine Säule unserer Demokratie.

Zukunft sichern – Daseinsvorsorge stärken

Ohne ausreichende Finanzmittel fehlt den Kommunen Geld, um für unsere Zukunft notwendige Weichenstellungen vornehmen zu können, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Wohnen, Verkehr, Energie, Gesundheit und Pflege. Schulen und öffentliche Gebäude müssen saniert, Kinderbetreuungsangebote ausgebaut und lokale und regionale Infrastrukturen ausgebaut werden. Städte und Gemeinden brauchen dafür ausreichend Finanzmittel und Personal, um die Zukunft für die Menschen in unserem Land zu sichern.

Wir fordern den Bund und die Länder auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und alles für die Stärkung unserer Demokratie zu tun. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht starke Kommunen und einen starken öffentlichen Dienst mit gut qualifiziertem Personal.

Berlin, 14. Mai 2025

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstr. 6
12207 Berlin
Internet: www.dstgb.de
E-Mail: dstgb@dstgb.de

Christine Behle
Stellvertretende Vorsitzende
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di

ver.di Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Internet: www.verdi.de
E-Mail: kommunalverwaltung@verdi.de